

## Video-Podcast der Bundeskanzlerin #14/2016

---

30. April 2016

Die Fragen stellte Yasmin Zein, Politikstudentin aus Nürnberg.

### **Yasmin Zein:**

*Frau Bundeskanzlerin, kommende Woche findet zum zehnten Mal der EU-Projekttag an Schulen statt. Er geht auf Ihre Initiative zurück, und Sie beteiligen sich auch jedes Mal daran. Wie werden die besuchten Schulen ausgesucht, und was versprechen Sie sich von den EU-Projekttagen?*

### **Bundeskanzlerin Merkel:**

Als wir im Jahre 2007 die EU-Präsidentschaft hatten, haben wir uns überlegt, dass es gut sein könnte, dass Politiker einmal im Jahr – eben an diesem EU-Projekttag – auch ausschwärmen und in Schulen oder zu Gruppen von Jugendlichen sprechen, um einfach Europa verständlicher zu machen; aber auch die Sorgen und die Fragen der jungen Menschen aufzunehmen, damit Europa unser gemeinsames Projekt wird und nicht nur ein Projekt von Politikern und sonstigen Eliten ist. Wir haben es geschafft, dass jedes Jahr an und um diesen Projekttag herum Hunderte von Veranstaltungen stattfinden. Ich werde in diesem Jahr in das Französische Gymnasium in Berlin gehen und mich dort den Fragen der jungen Menschen stellen. Im vergangenen Jahr war ich in Neukölln, in einer Schule, die kein Gymnasium ist. Das heißt, ich versuche, eine gute Mischung hinzubekommen: auf der einen Seite Schulen, die auch innerhalb Europas kooperieren, auf der anderen Seite aber auch Schulen, wo die Schülerinnen und Schüler nicht so viele Chancen nutzen, mit anderen in Europa in Kontakt zu treten, aber auch drängende Fragen haben; viele Schulen dann auch mit einem hohen Anteil von Migrantinnen und Migranten. Und so ergibt sich über die Jahre eine bunte und, ich glaube, auch ganz repräsentative Mischung.

*Einerseits lässt sich gerade in den letzten 20 Jahren – zum Beispiel durch das Schengener Abkommen, die Währungsunion oder auch das Erasmus-Programm – eine starke Vernetzung innerhalb der EU feststellen. Andererseits sieht man jetzt in der Flüchtlingskrise auch, dass es in der EU mit der Solidarität nicht weit her ist. Wie erklären Sie das den Schülerinnen und Schülern?*

Es ist in der Tat so, dass es auch im Augenblick eine Diskussion gibt: Wie weit muss ich mich erst mal um mein eigenes Land kümmern? Wie weit kann ich europäische Solidarität üben? Das haben wir im Grunde bei der Frage des Euro gehabt, das haben wir jetzt bei der Frage des Schutzes der Außengrenzen und bei der Teilung der humanitären Verpflichtungen auch, die wir in Europa haben. Wir wissen, dass Europa oft lange braucht, um die richtigen Entscheidungen zu fällen. Und deshalb, glaube ich, sind wir jetzt in einer ganz entscheidenden Phase. Und diese Phase heißt: Entscheiden wir uns auch weiter, Europa zu verfestigen? Entscheiden wir uns dafür, den Raum der Reisefreiheit – und das ist der Schengen-Raum, der Raum der Niederlassungsfreiheit – zu schützen und zu sagen: Dafür müssen wir aber unsere Außengrenzen verteidigen und auch schützen können? Oder aber fallen wir zurück, und jeder macht wieder seine Grenzkontrollen – mit vielen Folgen, die das für unsere wirtschaftliche Stärke hat, für das, was junge Menschen gerade schon so selbstver-

ständig nehmen: dass man ohne Pass in Europa reisen kann? Und ich habe mich dafür entschieden, dafür zu kämpfen, dass wir unsere Außengrenzen schützen können, dass wir den Raum der Reisefreiheit, der Bewegungsfreiheit, der Niederlassungsfreiheit behalten, damit Europa stärker machen. Und dann auch die friedliche Entwicklung innerhalb Europas, das Zusammenwachsen der Länder zu befördern – wissend, dass wir natürlich immer auch unsere nationalen Eigenständigkeiten behalten werden. Aber in so wichtigen Fragen sollten wir gemeinsam auftreten.

*Sie haben sich zwar letzte Woche schon zu TTIP geäußert, dennoch möchte ich noch mal darauf zurückkommen. Denn der amerikanische Präsident und Sie haben ja jetzt kürzlich erst die Absicht betont, dass Sie das Abkommen bald zu Ende bringen wollen. Unter jungen Leuten ist TTIP jedoch sehr umstritten. Wie nehmen Sie den Schülerinnen und Schülern diese Sorgen?*

Es ist unter den jüngeren Leuten zum Teil umstritten, aber auch unter denen, die schon etwas älter sind. Es gibt eine sehr tiefe Diskussion über die Notwendigkeit dieses Freihandelsabkommens, die meistens davon geprägt ist, dass Menschen Ängste haben, wir könnten bestimmte Standards aufgeben, wir könnten anschließend vielleicht weniger Umweltschutz haben, weniger Verbraucherschutz und weniger soziale Standards. Was wirklich zur Wahrheit gehört, ist, dass wir immer und immer wieder sagen: Wir geben keinen unserer Standards auf – im Gegenteil: Indem wir – sozusagen – unsere Standards schützen, aber auch amerikanische Standards, die zum Teil auch hoch sind, dann ja auch beachten müssen, werden wir insgesamt ein Niveau bekommen, das eher besser ist, aber auf gar keinen Fall jedenfalls hinter das zurückfällt, was wir heute haben. Wo liegen jetzt die Vorteile? Die Vorteile liegen darin, dass wir einerseits Zölle abbauen, also einfacher Waren hin und her verkaufen können. Aber sie liegen auch daran, dass wir sogenannte nicht-tarifäre Handelshemmnisse – das sind also Normen: Muss ein Bremslicht orange sein? Kann ein Bremslicht tief rot sein? Wie ist eine Sicherheitsschleuse konstruiert, welche Tests muss ich dafür durchlaufen? Wie sind Medikamente, wie werden die getestet? – dass wir hier bestimmte Angleichungen vornehmen. Was ist der Vorteil? Der Vorteil ist, dass ein Unternehmen, gerade ein mittelständisches Unternehmen, nicht alles zwei- und dreimal zulassen muss, sondern dass man sich auf gemeinsame Verfahren verständigt. Damit wird Geld und Zeit gespart. Und dieses Geld kann man dann wieder einsetzen, zum Beispiel in Forschung, in Entwicklung – und damit die Weltspitze auch besser absichern. Und wir wissen ja, dass wir in einer Zeit leben, in der sehr viele Neuheiten auf der Welt auftreten. Und deshalb ist Geld für Innovation ganz wichtig. Also, zusammengefasst, versuche ich Menschen davon zu überzeugen, zu sagen: Unsere Standards bleiben erhalten, und gleichzeitig gewinnen wir mehr Freiraum, um in die Zukunft zu investieren. Und das schützt unsere Arbeitsplätze.

*Wegen den aktuellen Krisen und Problemen hat die EU-Zustimmung – Umfragen zufolge – nachgelassen. Wie wollen Sie gerade junge Leute davon überzeugen, dass die EU trotz ihrer Probleme konkrete Vorteile für jeden Einzelnen bringt – und vor allem, wie wollen Sie das Engagement für Europa wieder stärken?*

Ich glaube, dass Sie selber in Ihrer früheren Frage schon gesagt haben, was es alles für Projekt gibt, die auch für junge Leute spannend sind. Es gibt heute fast nieman-

den mehr, der nicht auch irgendwie einmal in einem europäischen Ausland einen Teil seines Studiums verbracht hat. Erasmus ist ein Symbol dafür, wie Studenten, aber in Zukunft auch Auszubildende sich besser austauschen können, damit neue Freunde kennenlernen. Wir leben in einer Welt, in der wir große Länder haben – wie China, 1,3 Mrd. Einwohner, Indien, über eine Mrd. Einwohner, auch sehr prosperierende Vereinigte Staaten von Amerika, mit über 320 Mio. Einwohnern. Und wir in Europa sind 500 Mio. Einwohner. Wenn die gemeinsam auftreten in internationalen Verhandlungen – für den Klimaschutz, für mehr Entwicklungshilfe, für den Umgang mit Flüchtlingen –, dann haben wir eine ganz andere Stimme, als wenn wir zum Beispiel als Deutsche mit 80 Mio. Einwohnern in eine Auseinandersetzung, in einen Wettbewerb mit China, mit Indien oder den USA treten. Und deshalb glaube ich, dass wir als Europäer mit all dem, was uns wichtig ist – der Freiheit der Rede, der Meinungsfreiheit, der Religionsfreiheit, auch der Bewegungsfreiheit –, dass wir viel besser leben können entsprechend dem, wovon wir überzeugt sind, wenn wir in den großen Fragen zusammenhalten. Und das ist der Mehrwert Europas. Und wir haben immer gesagt: Deutscher zu sein und gleichzeitig Europäer, das sind zwei Seiten ein und derselben Medaille – das schließt sich nicht aus. Aber in den großen, wichtigen, globalen Fragen sind wir sehr viel stärker, wenn wir als Europäer gemeinsam auftreten.